

Esslinger Studien

Schriftenreihe

Herausgegeben vom
Stadtarchiv Esslingen am Neckar

Band 16

Schriftleitung: Dr. Walter Bernhardt

»Haute-volée-Sozialdemokraten« und »Revolutionsfabrik«

Die Geschichte der Esslinger SPD

Herausgegeben
von
Sylvia Greiffenhagen

Esslinger Studien
Schriftenreihe Band 16

A 96 - 00633

Inhalt

<i>Hans-Georg Wehling</i> Geleitwort	7
<i>Sylvia Greiffenhagen</i> Einleitung	9
<i>Sylvia Schraut</i> Wie die Arbeiter nach Esslingen kamen	17
<i>Wolfgang Schmierer</i> Zwischen Märzrevolution und Sozialistengesetz. Erste Organisationen der Arbeiterbewegung in Esslingen von 1848 bis 1878	33
<i>Christof Rieber</i> Unter dem »Sozialistengesetz«. Die Esslinger Sozialdemokratie von 1878 bis 1890	47
<i>Marco Huggele</i> Von »Haute-volée-Sozialdemokraten« und der »Esslinger Revolutionsfabrik«. Die Esslinger Sozialdemokratie von 1890 bis 1914	57
<i>Sylvia Neuschl-Marzahn</i> Krieg – Revolution – Republik. Die Esslinger Sozialdemokratie von 1914 bis 1924	111
<i>Sylvia Greiffenhagen</i> Zwischen den Fronten. Die Esslinger Sozialdemokratie von 1925 bis 1945	139
<i>Reinhard Strüber</i> Der Neuanfang. Die Esslinger SPD von 1945 bis 1955	193
<i>Richard Kramartschik</i> Konsolidierung und neue Konflikte. Die Esslinger SPD von 1955 bis 1974	215
<i>Dieter Pablke</i> Umbruch und Öffnung nach außen. Die Esslinger SPD von 1975 bis 1994	241
Anhang	267
Ortsvereinsvorsitzende	267
Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat	267
Ausschußmitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsverein Esslingen 1947	268
Verzeichnis der Abkürzungen	269
Bildnachweis	270
Autoren und Autorinnen dieses Bandes	271

machte. Sie wurde deshalb nicht förmlich verboten wie andere Mitgliedschaften, zum Beispiel in Stuttgart und Reutlingen⁴⁴, sondern in das allgemeine Verbot der Partei in Württemberg einbezogen. Eine Vermögensliquidierung unterblieb, weil die Mitgliedschaft nur 350 Mark Schulden hatte⁴⁵.

Fast auf den Tag genau 16 Jahre nach der Gründung des Arbeiterbildungsvereins wurde die Arbeiterbewegung in Esslingen so zum zweiten Mal in die Illegalität getrieben⁴⁶.

CHRISTOF RIEBER

Unter dem »Sozialistengesetz«

Die Esslinger Sozialdemokratie von 1878 bis 1890

Hochburg und Ort von Landesversammlungen der Partei

1914 berichtete die »Eßlinger Volkszeitung«: »In keiner zweiten Stadt des Landes fühlten sich die Vertrauensmänner unserer Partei so sicher aufgehoben als gerade in Esslingen, der alten Freien Reichsstadt, die schon in den Anfängen unserer Partei einen guten Ruf als Hochburg der Sozialdemokratie genoß.« Gerade während des Sozialistengesetzes, »jener schweren Prüfungszeit für unsere Partei, wo alle Staatsbeamten bis herab zum Nachtwächter die Sozialdemokratie gewissermaßen als vogelfrei betrachteten, herrschte in Esslingen immer noch eine etwas mildere Praxis als anderwärts. Dies war dem Einfluß einiger aus demokratischen Familien stammenden angesehenen Bürger der Stadt zu verdanken, welche den Weg von der Demokratie zur Sozialdemokratie gefunden hatten. So ist es auch erklärlich, warum Esslingen unter dem Ausnahmegesetz zwei Jahre lang Sitz des Landesvorstandes war«¹. Die Landesversammlungen der württembergischen Sozialdemokraten fanden fast alle in Esslingen statt² und konnten durchweg vor der Polizei geheimgehalten werden³. Am 14. März 1886 fand wieder eine solche Landesversammlung in Esslingen statt. Nach den Ermittlungen der Stuttgarter Polizei sollte sie von Delegierten aus Stuttgart, Esslingen, Reutlingen, Heilbronn und Schwäbisch Gmünd besucht werden⁴. Eigens beorderte man den Stuttgarter Polizisten Roell nach Esslingen. Er mußte feststellen, daß die Esslinger Polizei den Morgenzug, mit dem fünf namentlich bekannte und einige andere Stuttgarter Sozialdemokraten nach Esslingen gefahren waren, nicht kontrolliert hatte. Ein Esslinger Schutzmann meldete, daß etwa zehn Personen mit diesem Zug angekommen und von den führenden Esslinger Sozialdemokraten Armand Mangold, Albert Daiber und Wilhelm Leins begrüßt worden seien, sich danach aber zerstreut hätten. Die unauffällige Überprüfung von Lokalen mit Nebenzimmern in Esslingen blieb zunächst ergebnislos, bis der Esslinger Polizeikommissar Reiser vor dem Gasthaus Zum Wilden Mann einen ihm persönlich bekannten Sozialdemokraten entdeckte, der dort Schmiere stand. In einem Saal des Lokals traf man die gesuchte Gesellschaft an, darunter die beiden Stuttgarter Karl Kloß und Georg Baßler. Es stellte sich heraus, daß die Parteiangelegenheiten schon am Vormittag in einer Privatwohnung erledigt worden waren und nachmittags nur noch ein Familiennachmittag mit Frauen und Kindern stattfand⁵.

Nur wenige Wochen später kam es unter württembergischen Verwaltungsbeamten zu einem Streit über die Frage, ob eine Esslinger Versammlung mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Liebknecht am 16. April 1886 auf Grund des Sozialistengesetzes hätte verboten werden müssen. Die Kreisregierung in Ludwigsburg mahnte beim

1 EVZ vom 25. 7. 1914; Anlaß war die Landesversammlung der württembergischen SPD vom 25. 7. 1914 in Esslingen.

2 EVZ vom 26. 5. 1911.

3 Christof RIEBER, Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878–1890. Stuttgart 1984, S. 430. Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde Bd. 19/1 und 19/2.

4 Stadtdirektion Stuttgart an Oberamt Esslingen, 11. 3. 1886 (StAL, F 201–622, zit. nach RIEBER, wie Anm. 3, S. 432).

5 Stadtpolizeiamt Stuttgart, 17. 3. 1886 (ebd.).

44 HStAS, E 14, Bü 1058; SCHMIERER, wie Anm. 9, S. 251 ff.

45 StAL, E 173 1, Bü 803.

46 Vgl. auch Wolfgang SCHMIERER, Das »rote« Esslingen. In: Merian Esslingen, 1974, S. 116 f.

Esslinger Oberamtmann Baur die Unterlassung eines Versammlungsverbots als Versäumnis an. Sie stützte sich auf den Stuttgarter »Staatsanzeiger«, in dessen Bericht es geheißen hatte, Liebknecht habe in Esslingen erklärt, »das Heil (sei) nur in einem allgemeinen Umsturz der bestehenden Verhältnisse zu erblicken«. Oberamtmann Baur hielt dem entgegen, Liebknecht habe dies dem polizeilichen Überwachungsbericht zufolge nicht gesagt. Er habe überhaupt nicht von Umsturz und Umwälzung gesprochen. Ein gesetzlich unbegründetes Verbot könne »mit Recht als Polizei-Willkür bezeichnet« werden, erzeuge nur Unzufriedenheit und schade mehr als Ausschreitungen in der Rede⁶.

Der Vorgang belegt: Esslingen hatte einen streng rechtsstaatlich denkenden Oberamtmann, der obendrein eigene Überlegungen darüber anstellte, was politisch opportun war. Damit nahm er eine Auslegungspraxis des Sozialistengesetzes vorweg, die sich im übrigen Württemberg erst zwei Jahre später durchsetzte.

Anfangs war das Sozialistengesetz allerdings auch in Esslingen streng angewandt worden. Das hatte die Agitation der Sozialdemokraten im ersten Reichstagswahlkampf unter dem Sozialistengesetz im Jahr 1881 erheblich behindert. (Zu Wahlen durften die Sozialdemokraten antreten, obgleich ihre Parteiorganisation verboten war.) Man verbreitete heimlich Flugblätter, was rasch geschehen mußte, denn die Verbreitung wurde strafbar, sobald irgendwo im Reich ein behördliches Verbot verfügt worden war. Eine legale Zeitung hatte man nicht mehr, weil Innenminister Schmid drei Monate vor der Wahl das Verbot der in Stuttgart erscheinenden Parteizeitung »Vaterland« durchgesetzt hatte. Eigene Versammlungen der Sozialdemokratie wußte die Polizei durch ausnahmegesetzliche Verbote zu verhindern⁷. Doch den Esslinger Genossen gelang ein spektakulärer Coup. Sie überredeten ihren späteren Reichstagswahlkandidaten August Bebel, der gerade in Stuttgart zu Besuch war, dazu, am 21. April 1881 auf einer Versammlung der Volkspartei in Esslingen aufzutreten. Dies schlug ein wie eine Bombe⁸. Nach Bebels Wortmeldung legte Karl Mayer das Versammlungspräsidium nieder, weil Bebel einer Partei angehöre, die ausnahmegesetzlich verfolgt werde. Kurz entschlossen übernahm Bebel selbst das Präsidium und erteilte sich dann das Wort⁹. Er suchte nachzuweisen, warum »das ganze System Bismarck zu einer heilsamen ökonomischen und politischen Reform unfähig sei«¹⁰. Das Parteiorgan der Volkspartei, der »Beobachter«, berichtete, Bebel habe, bevor die Versammlung durch die Polizei auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden sei, noch erklärt, »alle Parteien außer der sozialdemokratischen seien der Zersetzung verfallen, reaktionär geworden und ihren eigenen Grundsätzen untreu geworden«, die Volkspartei eingeschlossen. Die Auflösung der Versammlung habe es Bebel nicht mehr ermöglicht, zum Schluß zu kommen und die Sozialdemokratie als einzige politische Alternative hinzustellen. Im übrigen sei Bebels Rede »in der Form parlamentarisch so sauberlich« gewesen, daß es für ein Einschreiten schwerlich einen Anlaß gegeben hätte, es sei denn auf Grund des Sozialistengesetzes¹¹. Bebel selbst berichtet in seinen Memoiren, wegen der enormen Hitze im Saal sei ihm seine etwa halbstündige Rede zunehmend schwerer gefallen, so daß ihm die polizeiliche Auflösung der Versammlung äußerst gelegen kam, zumal so der Erfolg seines Auftretens gesichert gewesen war, weil sich die meisten der Anwesenden geärgert hätten, einfach nach Hause geschickt zu werden. Polizeiliche Auflösungen hätten in diesen Jahren stets der Partei genützt und demonstrativen Beifall für den Redner ausgelöst. Bebel berichtet außerdem, der Polizist, der als Zuhörer gekommen sei, sei »von den in seiner Nähe stehenden

nationalliberalen Stadtgrößen so lange bearbeitet (... worden), bis er die Versammlung für aufgelöst erklärte¹².«

Bei den Reichstagswahlen erzielten die Sozialdemokraten 1881 im Wahlkreis Esslingen einen Achtungserfolg. Auf den Zählkandidaten August Bebel entfielen 1065 Stimmen (7,4%). Damit konnte das schwache Ergebnis von 1878, 932 Stimmen (5,3%) leicht verbessert werden¹³. In der Stadt Esslingen waren es 781 Stimmen (37,2%), im Oberamt 1065 Stimmen (7,4%). Gegenüber den Attentatswahlen von 1878 bedeutete dies bei erheblich niedrigerer Wahlbeteiligung eine Konsolidierung. Damals waren es in der Stadt Esslingen 796 Stimmen (27,3%), im Oberamt 911 Stimmen (17,2%)¹⁴.

1882 war Wilhelm Morlock als sozialdemokratischer Landtagskandidat für Esslingen nominiert¹⁵, wurde aber durch seinen sozialdemokratischen Gemeinderatskollegen Karl Kauffmann ersetzt¹⁶. Dieser erhielt im Oberamt Esslingen 11,5% der gültigen Stimmen gegenüber 25% für Karl Mayer, dem Führer der Volkspartei, der gegen den Kandidaten der Nationalliberalen und Konservativen, Fabrikant von Keßler (63,5%) durchfiel¹⁷. In der Stadt Esslingen stimmten 502 Wähler sozialdemokratisch (18,6%)¹⁸.

Das gute Ergebnis von 1877 von 1775 Stimmen (9,2%) im Wahlkreis wurde erst bei der Reichstagswahl von 1884 übertroffen. Auf Bruno Geiser, der als gemäßigt galt, entfielen im Wahlkreis 2448 Stimmen (19,6%) und im Oberamt Esslingen 1472 Stimmen (39,4%). Das war das beste Wahlergebnis unter dem Sozialistengesetz im Esslinger Wahlkreis überhaupt¹⁹. In der Stadt Esslingen waren es 1061 Stimmen (54,1%). Damit wurde auch in der Stadt Esslingen das gute Ergebnis von 1877 (1187 Stimmen [41,6%]) übertroffen. Obwohl die Volkspartei ihren Anhängern Wahlenthaltung empfohlen hatte, gingen diese zur Wahl und stimmten jeweils etwa zur Hälfte für den nationalliberalen und den sozialdemokratischen Kandidaten.

Innerparteilicher Streit und Niedergang der Partei

In der zweiten Hälfte der 1880er Jahre wurde Esslingen von Stuttgart als wichtigste sozialdemokratische Hochburg im Land überholt. Nun erlebten die Esslinger Sozialdemokraten einen Niedergang ihrer Partei, der erst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes überwunden wurde.

Wichtigster Mann innerhalb der Partei war zunächst der Goldarbeiter Wilhelm Morlock, der später eine Bijouterie-Fabrik in Esslingen gründete. Seit 1876 war er Gemeinderat, 1881 wurde er wiedergewählt. Seine Flucht in die USA im Jahr 1884 wegen Wechselfälschung schadete dem Ansehen der Partei nachhaltig²⁰.

In den folgenden Jahren gewann ein radikalerer Flügel in der Esslinger Partei an Einfluß. Dies belegt unter anderem die Esslinger Kandidatur des sozialdemokratischen Apothekers Theodor Lutz bei der Reichstagsnachwahl von 1886. Auf ihn entfielen im Wahlkreis Esslingen nur 1344 Stimmen (9,6%). In der Stadt Esslingen waren es 798 Stimmen (40,9%), im gesamten

6 StAL, E 173/I-835, zit. nach RIEBER, wie Anm. 3, S. 558.

7 Christof RIEBER, Die Jahre des Sozialistengesetzes (1878-1890). Aufklärung bei Nacht und Nebel. In: Siegfried BASSLER (Hg.), Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart, Stuttgart 1987, S. 34 f.

8 EVZ vom 18. 8. 1913.

9 RIEBER, wie Anm. 3, S. 267 ff.

10 Der Sozialdemokrat vom 1. 5. 1881.

11 Der Beobachter vom 17. 5. 1881; RIEBER, wie Anm. 3, S. 270.

12 August BEBEL, Aus meinem Leben, Bd. 3, Stuttgart 1914, S. 115 ff.

13 RIEBER, wie Anm. 3, S. 668.

14 Henrich TIESSEN, Industrielle Entwicklung, gesellschaftlicher Wandel und politische Bewegung in einer württembergischen Fabrikstadt des 19. Jahrhunderts: Esslingen 1848-1914. Esslinger Studien, Schriftenreihe Bd. 6; dort finden sich alle weiteren wahlstatistischen Angaben zu den Reichstags- und Landtagswahlen. Esslingen 1982, S. 423 ff.

15 Der Sozialdemokrat vom 30. 11. 1882.

16 Im Wahlaufuf hieß es »Nicht Doctor und gelehrte Geister. Wir wählen einen Gerbermeister!« (EZ vom 19. 12. 1882).

17 RIEBER, wie Anm. 3, S. 711.

18 EZ vom 26. 10. 1884; TIESSEN, wie Anm. 14, S. 273.

19 RIEBER, wie Anm. 3, S. 675.

20 Ebd., S. 829; Der Beobachter vom 16. 10. 1884.

Oberamt 1051 Stimmen (29,0%). Bei der Reichstagswahl von 1887 konnte Lutz dieses Ergebnis nur wenig verbessern: Er erzielte im Wahlkreis Esslingen 1935 Stimmen (10,6%), obwohl die Volkspartei wie 1884 keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte²¹. In der Stadt Esslingen erhielt Lutz 1069 Stimmen (37,7%)²².

Auf einer Wahlversammlung erklärte Lutz am 13. Februar 1887 in Esslingen, sein Wahlauftritt wäre nicht so »zahn ausgefallen«, wenn er nicht wegen sozialistengesetzlicher Verbote hätte Rücksicht nehmen müssen. Folgende Äußerung trug ihm eine polizeiliche Verwarnung ein: »Diese sogenannte Reichsregierung ist gar keine Regierung, das ist der reinste preußische Absolutismus.« Wenig später erklärte Lutz: »Ob Sie die Versammlung auflösen oder nicht, ist mir ganz gleich«. Wegen der daraufhin entstandenen Unruhe unter den Zuhörern wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst, woraufhin man Hochrufe auf die Sozialdemokratie und Lutz ausbrachte und die Arbeiter-Marseillaise sang²³. Auch bei Landtagswahlen schnitt Lutz schwach ab. 1886 erhielt er im Oberamt 969 Stimmen (19,7%) und in der Stadt 700 Stimmen (28,9%). Für Lutz wurden bei der Landtagswahl von 1889 1424 Stimmen (27,4%) abgegeben, womit er nur knapp die Stichwahl verfehlte. In der Stadt Esslingen erhielt Lutz 736 Stimmen (28,7%). In der Stichwahl setzte sich der Volksparteiler Brauereidirektor Brodbeck (1. Wahlgang 30%) mit sozialdemokratischer Wahlhilfe knapp gegen den Nationalliberalen Fabrikanten Merkel durch²⁴.

Bei der Reichstagswahl von 1890 stagnierte der Stimmenanteil der Sozialdemokratie. Ihr Kandidat Theodor Lutz konnte das Ergebnis von 1887 im Wahlkreis nur wenig von 1935 auf 2011 Stimmen beziehungsweise von 10,6% auf 10,7% steigern. In der Stadt Esslingen erhielt Lutz 1035 Stimmen (33,7%), im Oberamt 1607 Stimmen (27,4%). In der Stichwahl siegte der Nationalliberale August Weiß über den Volksparteiler Georg Ehni. Vermutlich wirkte sich auf das enttäuschende Wahlergebnis aus, daß Lutz nicht mehr in gleicher Weise wie 1887 präsent sein konnte, weil er im Mai 1889 von Stuttgart nach Baden-Baden übersiedelt war²⁵. Die radikaleren Stuttgarter Genossen gaben allerdings die Schuld am schwachen Wahlergebnis den »anpaßlerischen« Esslinger sozialdemokratischen Gemeinderäten und der Zerstrittenheit der Esslinger Partei. In einer Wahlbilanz der Stuttgarter Partei im »Sozialdemokrat« hieß es dazu: »Die dortigen Genossen werden es sich wohl zur Aufgabe machen, die Kirchturmpolitik mehr fallen zu lassen und energisch und geschlossen für die Befreiung des Proletariats einzutreten«²⁶.

Kommunalwählerfolge im Wahlbündnis mit der Volkspartei

Anfang Oktober 1878 erlitten, drei Wochen vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, die Esslinger Sozialdemokraten im Gemeinderat eine Niederlage. Gegen ihren Willen wurden kommunale Konsumsteuern auf Bier und auf Fleisch beschlossen. Gleichzeitig wurden die Steuern für Grundbesitzer herabgesetzt²⁷. Das ganze folgende Jahrzehnt war geprägt durch ein hartes Ringen um die Abschaffung der Konsumsteuern in der Stadt. Die Illegalisierung der Partei wirkte zunächst lähmend: Bei der Bürgerausschufwahl im Dezember 1878 kandidierten die Esslinger Sozialdemokraten nicht mehr. Als aber wegen zu schwacher Wahlbeteiligung am ersten Wahltag am 20. Dezember eine Ergänzungswahl angesetzt werden mußte, erschienen in

der Presse einige Aufrufe von »Arbeitern« zur Unterstützung der Volkspartei²⁸. Die sozialdemokratische »Stuttgarter Presse« suchte durch eine Zusammenstellung sämtlicher Esslinger Wahlergebnisse seit 1877 nachzuweisen²⁹, daß der größte Teil der sozialdemokratischen Wähler, »gewöhnlich, von ihren Wahlrechten jederzeit Gebrauch zu machen, von zwei Übeln das ihnen kleiner scheinende – den Volksparteizettel – wählten«. Die im »Beobachter« aufgestellte Behauptung, Esslingen habe eine volksparteiliche Mehrheit, sei falsch³⁰.

Ein Jahr darauf kandidierten die Esslinger Sozialdemokraten wieder bei der Gemeinderatswahl und errangen durch ein Wahlbündnis mit der Volkspartei einen Erfolg: Von sieben zu wählenden Gemeinderäten wurden fünf gewählt, die sich zu dem Programm bekannt hatten, das von der Esslinger Sozialdemokratie aufgestellt worden war³¹. Bei der Bürgerausschufwahl von 1879 entfielen auf die Arbeiterpartei drei von zehn Mandaten³². Ursache für die in Württemberg vor 1890 einzigartigen sozialdemokratischen Kommunalwählerfolge waren Wahlbündnisse, die man mit der Volkspartei einging. Die Sozialdemokraten kandidierten unter dem Sozialistengesetz zwar als »Arbeiterpartei«, wandten sich aber in ihren Wahlauftrufen ausdrücklich nicht nur an »Arbeiter«, sondern auch an »Weingärtner und Kleinhandwerker«³³. Beide Gruppen hatten im Blick auf ihre Lebensbedingungen eine gewisse Nähe zur Arbeiterschaft und bildeten somit die »proletaroiden« Schichten der Stadt. Ein wichtiger Grund für die Kommunalwählerfolge lag außerdem darin, daß an der Spitze der Arbeiterpartei einige beruflich erfolgreiche Selbständige standen, nämlich Handwerkermeister oder Kleinfabrikanten, zum Beispiel Wilhelm Morlock, Armand Mangold und Wilhelm Leins. Sie zogen Stimmen weit über die eigentliche Arbeiterschaft hinaus auf sich.

Bei der Bürgerausschufwahl von 1880 gewannen die Sozialdemokraten zwei von neun Mandaten³⁴. 1881 triumphierte der sozialdemokratische Wahlvorschlag vollständig: In den Gemeinderat wurden gewählt: zwei Sozialdemokraten, zwei der Sozialdemokratie nahestehende Kandidaten und zwei Volksparteiler. Die Esslinger Sozialdemokraten hatten sich von den Rückschlägen der Vorjahre soweit erholt, daß sie wieder besser abschnitten als die Volkspartei. Wilhelm Morlock wurde wiedergewählt und erhielt mit 1123 Stimmen das beste Ergebnis überhaupt³⁵. Die Bürgerausschufwahl von 1881 bescherte den Sozialdemokraten zwei von elf Mandaten³⁶. Bei der Bürgerausschufwahl von 1882 brachten die Sozialdemokraten drei Kandidaten ihrer Liste durch³⁷. 1883 wurden bei Gemeinderats- und Bürgerausschufwahlen je drei sozialdemokratische Kandidaten gewählt³⁸. 1884 gelang es der gemeinsamen Liste von Volkspartei und Sozialdemokraten neun von zehn Bürgerausschufsitzen zu erringen. Gewählt wurde unter anderem der Sozialdemokrat Wilhelm Leins³⁹. Ein überragender Erfolg gelang bei der Gemeinderatswahl von 1885: Von sieben gewählten Gemeinderäten waren allein vier Kandidaten der Sozialdemokraten, nämlich Goldarbeiter Karl Scherer (781 Stimmen), Weingärtner Jonathan Hägele (699), Metzgermeister Karl Nusser (620) und Hand-

28 Der Beobachter vom 28. 12. 1878.

29 Stuttgarter Presse vom 11. 1. 1879; vgl. Wolfgang SCHMIERER, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878. Hannover 1970, S. 201 f.; RIEBER, wie Anm. 3, S. 732.

30 Ebd.

31 Ebd.; Der Sozialdemokrat vom 18. 1. 1880.

32 EZ vom 16. 12. 1879; EZ vom 24. 12. 1879.

33 EZ vom 16. 12. 1885.

34 EZ vom 15. 12. 1880; EZ vom 17. 12. 1880.

35 Armand Mangold wurde mit 883 Stimmen gewählt (EZ vom 4. 12. 1881); RIEBER, wie Anm. 3, S. 733.

36 EZ vom 20. 12. 1881.

37 EZ vom 9. 12. 1882.

38 RIEBER, wie Anm. 3, S. 733.

39 EZ vom 4. 12. 1884.

21 RIEBER, wie Anm. 3, S. 686.

22 Theodor Lutz betrieb seit 1885 in Stuttgart einen »Sanitätsbazar«, bis er 1889 nach Baden-Baden zog (ebd., 828).

23 Ebd., S. 686.

24 Ebd., S. 718 f.

25 Ebd., S. 699 f.

26 Der Sozialdemokrat vom 12. 4. 1890.

27 TIESSEN, wie Anm. 14, S. 281 ff.

schuhfabrikant Jonathan Haug (593)⁴⁰. Die drei bürgerlichen Parteien, Konservative, Nationalliberale und Volkspartei, mußten sich mit den restlichen drei Sitzen begnügen⁴¹. Infolgedessen einigten sie sich bei der wenig später stattfindenden Bürgerausschufwahl auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag. Dies hatte zur Folge, daß die Sozialdemokraten leer ausgingen⁴². Für den Fall weiterer sozialdemokratischer Wahlerfolge fürchteten Wähler aus dem Bürgertum die Abschaffung der kommunalen Konsumsteuern auf Bier und Fleisch und die Erhöhung der Gemeindesteuer⁴³.

In den Jahren darauf wirkte sich der begonnene Niedergang der Esslinger sozialdemokratischen Partei denn auch auf die Kommunalwahlergebnisse aus. Die Änderung des Kommunalwahlrechts von 1885 kam noch verschärfend hinzu. Wahlberechtigt waren fortan nur noch Personen, die das Bürgerrecht besaßen, Gemeindesteuern zahlten und sich bereits seit drei Jahren in der Stadt aufhielten. Die württembergische Regierung suchte damit, den zunehmenden Wahlerfolgen der Sozialdemokratie im Land entgegenzuwirken. Es gelang ihr damit, auch die Esslinger Sozialdemokraten zu schwächen. Fortan mußten die Sozialdemokraten unter den Arbeitern dafür agitieren, die Kosten für den Erwerb des Bürgerrechts aufzuwenden⁴⁴. Die Esslinger Sozialdemokraten wiesen nach, daß durch das neue Gesetz von 3100 Wahlberechtigten in Esslingen 1400 Einwohner ihr Wahlrecht verlieren, weil sie kein Esslinger Bürgerrecht besaßen. Sie wandten ein, jeder müsse an die Gemeinde direkt und indirekte Steuern zahlen und Wehrpflicht leisten⁴⁵.

Kooperation oder Konfrontation?

Ein Bericht des Stuttgarter »Schwäbischen Merkur« von 1887 läßt auf innerparteilichen Streit schließen: »Die Arbeiterpartei wird nicht geschlossen antreten, ein Vorschlag ihrerseits ist da, er trägt meistens die Namen der jetzt austretenden Mitglieder ihrer Anschauung⁴⁶.« Was war geschehen? Eine Korrespondenz im »Sozialdemokrat«, die ein Esslinger Genosse Mitte Juli 1887 abgesandt hat, erlaubt Rückschlüsse⁴⁷. Die »Hauptschuld an diesem Rückgang der Bewegung« wird einer anpaßlerischen und prinzipienlosen Haltung der sozialdemokratischen Gemeinderäte zugeschrieben: »Ohne Kompromiß ist überhaupt nie eine Wahl zu Stande gekommen: entweder ging man direkt mit der Volkspartei oder es wurden Kandidaten aufgestellt, die alles Mögliche waren, nur keine Sozialdemokraten. Sobald nun die Leuten erst den Gemeinderatssessel eingenommen, so hatten sie auch schon vergessen, daß sie von der Arbeiterpartei gewählt waren und daß sie verpflichtet waren, in erster Linie die Arbeiterinteressen wahrzunehmen. Vielmehr ließen sie (mit wenigen Ausnahmen) diese regelmäßig außer Acht, und die Folge war, daß die solcherart genasführten Arbeiter sich schließlich fragten, warum sie denn überhaupt wählen, wenn die Leute, die sie aufs Rathaus schicken, bei allen entscheidenden Fragen (wie Abschaffung der Konsumsteuer, Abschaffung des Volksschulgeldes etc.) mit den Reaktionären gemeinsame Sache machen und das Fortbestehen

40 EZ vom 5. 12. 1885; der Weingärtner Jonathan Hägele war nicht Sozialdemokrat, kandidierte aber auf der Liste der »Arbeiterpartei«. TIESSEN, wie Anm. 14, S. 301.

41 RIEBER, wie Anm. 3, S. 734.

42 Ebd.

43 EZ vom 13. 12. 1885.

44 RIEBER, wie Anm. 7, S. 40; Christof RIEBER, Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz (1878–1890). In: Jörg SCHADT/Wolfgang SCHMIERER (Hg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979, S. 75; RIEBER, wie Anm. 3, S. 722.

45 EZ vom 16. 12. 1885.

46 Schwäbische Kronik vom 2. 12. 1885.

47 Der Sozialdemokrat vom 4. 8. 1888, vgl. RIEBER, wie Anm. 3, S. 735 ff.

solcher, die ärmeren Klassen am stärksten drückenden Lasten ermöglichen ... und die Wahlbeteiligung ist (infolgedessen) von Jahr zu Jahr geringer geworden, ein großer Theil der Arbeiter ... sagt: Was nützt mir das Wählen? Die Herren tun später doch nur, was ihnen frommt. Bei der letzten Gemeinderatswahl nun wurde von einem Teil der Genossen verlangt, daß nur wirkliche Sozialdemokraten aufgestellt werden sollen. Obwohl nun dabei auf den St. Gallerer Parteitag hingewiesen wurde, auf dem dies ja von den Genossen allerorts ausdrücklich verlangt worden ist, wehrten sich doch gerade die einflußreichsten und ältesten Genossen mit Händen und Füßen dagegen, unter dem klassischen Motto: So wie wir es vor 20 Jahren gemacht haben, so müssen wir es weiter machen, und machen wir es auch weiter, sonst bringen wir nie einen Kandidaten durch ...«

1887 gab der sozialdemokratische Rotgerbermeister Kauffmann bei der entscheidenden Abstimmung im Esslinger Gemeinderat mit seiner Stimme den Ausschlag für die Beibehaltung der Konsumsteuer. Louis Schlegel verurteilte dies in einem vertraulichen Brief an Julius Motteler in Zürich als »Umfall« und als Verleugnung des sozialdemokratischen Prinzips. Er empörte sich darüber, daß »gerade unsere ältesten u(nd) besten G(enossen) wie Mangold, Leins etc. ... den Kaufm(ann) für die Gemeinderatswahlen aufstellen wollten⁴⁸. (Damit setzten sie sich allerdings nicht durch⁴⁹.)

Zwei Richtungen bekämpften sich demzufolge in der Esslinger Partei. Auf der einen Seite standen Sozialdemokraten, die auf die Einhaltung der Parteiodoktrin pochten, auf der anderen solche, die von ihrer Kooperation mit der bürgerlichen Volkspartei nicht ablassen wollten, weil sie darin ein erprobtes Erfolgsrezept sahen. Die radikaleren Kritiker um Louis Schlegel und August Junge dürften innerhalb der Esslinger Partei einen schweren Stand gehabt haben. Es fällt auf, daß 1888 das illegale Parteiorgan, der Züricher »Sozialdemokrat«, nur in 16 Exemplaren bezogen wurde. Das war gerade mal so viel wie im benachbarten Cannstatt. In Stuttgart wurden 144 Exemplare bezogen⁵⁰. Der innerparteiliche Kampf wurde um so verbissener geführt, als es dabei um die grundsätzliche Frage ging, ob Sozialdemokraten mit dem Bürgertum und dem monarchischen Obrigkeitsstaat in einer Zeit der ausnahmegesetzlichen Verfolgung gemeinsame Sache machen dürften. In der Korrespondenz eines Esslinger Genossen im »Sozialdemokrat« heißt es unter anderem: »Was werden aber die Genossen sagen, wenn wir ihnen ... verraten, daß einige ihrer Führer sich an der letzten Kaisertrauer-Feierlichkeit beteiligt haben? Man sollte es kaum glauben, daß die Leute, die seit 15–20 Jahren in der Bewegung gestanden haben, es über sich gewinnen, an einer monarchistischen Feier teilzunehmen. In demselben Zuge, der von der Geistlichkeit eröffnet wird, und an welchem sich selbstverständlich das ganze muckerisch-reaktionäre Geschmeiß beteiligt, in demselben Zuge befinden sich Führer der Esslinger Sozialdemokratie, und einer derselben fungiert sogar als Fahnenführer. So marschieren sie in würdiger wohlhabender Gesellschaft zur Kirche, und dort angekommen, singen und beten sie für den toten und den neuen Kaiser – sie, die Vertreter einer von einem schuftigen Ausnahmegesetz geknebelten Partei! Gibt es einen zweiten Ort in Deutschland, wo dergleichen möglich ist? Und da sage man noch, daß Esslingen eine sozialdemokratische Hochburg sei! Nun, es ist wohl nicht viel gesagt, wenn wir die vorstehend geschilderte Handlungsweise als Ehr- und Charakterlosigkeit bezeichnen, die öffentlich gebrandmarkt zu werden verdient ... Die Genossen allerwärts dürfen aber versichert sein, daß es auch hier noch Männer gibt, die das Banner der Sozialdemokratie hoch und rein erhalten wissen wollen

48 Louis Schlegel (Deckname »Felix III.«) an Julius Motteler, 11. 12. 1887 (Nachlaß Julius Motteler, Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam [MOT 1021/1]; freundliche Mitteilung von Marco Huggele); vgl. TIESSEN, wie Anm. 14, S. 293.

49 EZ vom 1. 12. 1887.

50 Horst BARTEL/Wolfgang SCHRÖDER/Gustav SEEBER, Das Sozialistengesetz 1878–1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz. Berlin 1980, S. 187.

und die Alles daran setzen werden, der alten Reichsstadt Eßlingen guten sozialdemokratischen Ruf zurückzuerobern⁵¹.«

1887 wurde bei der Gemeinderatswahl nur ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt⁵², außerdem der Sozialdemokrat Eberhard Suppan in den Bürgerausschuß⁵³. 1888 machte die Arbeiterpartei keinen eigenen Wahlvorschlag, was zur Folge hatte, daß der Sozialdemokrat Wilhelm Leins, der auf der Liste des Allgemeinen Bürgervereins kandidierte, nicht gewählt wurde⁵⁴. Erst bei der Gemeinderatswahl von 1889 errang die Esslinger Sozialdemokratie auf Grund eines Wahlbündnisses mit der Volkspartei wieder zwei Gemeinderatssitze⁵⁵: Armand Mangold erhielt mit 1171 Stimmen die meisten Stimmen, Jonathan Haug 1137 Stimmen⁵⁶. Das Wahlbündnis gewann alle sechs Gemeinderatssitze, womit die Wähler deutlich dagegen protestieren, daß der von ihnen 1888/89 in zwei Wahlen mit Mehrheit zum Stadtvorsteher gewählte Stadtpfleger Weith vom König nicht ernannt wurde. Die Wahl war auch eine Quittung für den neuen scharfen Kurs gegen die Sozialdemokraten, den Oberamtmann Schlehner eingeschlagen hatte⁵⁷. Dieser hatte 1889 eine sozialdemokratische Volksversammlung mit Wilhelm Blos sozialistengesetzlich verboten⁵⁸. Ähnlich erfolgreich verliefen 1889 die Bürgerausschußwahlen, bei denen Wilhelm Leins gewählt wurde⁵⁹.

Der gegen das sozialdemokratisch-volksparteiliche Wahlbündnis antretende »Bürgerbund« konnte 1889 bei beiden Wahlen überhaupt kein Mandat erringen. Es fällt auf, daß die Esslinger Sozialdemokraten trotz innerparteilichen Streits bei ihrer Taktik der Wahlbündnisse geblieben sind. Wie stark der Rückhalt der Kritiker gewesen ist, läßt sich für die Zeit vor dem Fall des Sozialistengesetzes nicht sagen. Bei der Gemeinderatswahl von 1891 kandidierten die »Jungen«, das heißt die radikale Richtung, ohne Erfolg mit einem eigenen Wahlvorschlag, während die »Alten«, von denen einige aus der Partei austraten, erneut mit der Volkspartei kooperierten⁶⁰.

An Stelle der 1878 verbotenen sozialistischen Gewerkschaften wurden in den achtziger Jahren auch in Esslingen sozialistisch orientierte Fachvereine gegründet, die sich nach außen hin unpolitisch geben mußten. Nachweisbar sind Fachvereine der Schreiner, Metall-Arbeiter, Feilenhauer, Mechaniker und Uhrmacher, Glacé-Handschuhmacher und der Weißgerber⁶¹. Nur einmal, nämlich 1885, wurde in Esslingen nach der Verbotschwelle von 1878 eine sozialistische Gewerkschaft ausnahmegesetzlich verboten, nämlich eine »Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands«, deren Hauptsitz Mannheim war⁶².

Ein eigenständiger Arbeiterinnen-Verein Esslingen, der im November 1885 gegründet wurde, schlief bereits fünf Monate später wieder ein, verdient aber als erste sozialistische Frauenorganisation Esslingens überhaupt große Beachtung. Vereinsvorsitzender war ein Mann, nämlich der Sozialdemokrat Sperka⁶³.

51 Der Sozialdemokrat vom 4. 8. 1888, vgl. RIEBER, wie Anm. 3, S. 735 ff.; über die Esslinger Trauerfeierlichkeiten für den am 15. Juni 1888 verstorbenen Kaiser Friedrich III. wird in der Lokalpresse berichtet, ohne daß auf die Teilnahme sozialdemokratischer Gemeinderäte eingegangen wird (EZ vom 20. 6. 1888).

52 TIESSEN, wie Anm. 14, S. 252.

53 EZ vom 4. 12. 1887.

54 EZ vom 19. 12. 1888; EZ vom 22. 12. 1888.

55 RIEBER, wie Anm. 3, S. 737.

56 EZ vom 1. 12. 1889; EZ vom 4. 12. 1889.

57 TIESSEN, wie Anm. 14, S. 301.

58 Ebd., S. 337.

59 RIEBER, wie Anm. 3, S. 737; EZ vom 19. 12. 1889; EZ vom 22. 12. 1889.

60 Kreisregierung in Ludwigsburg an Ministerium des Innern, 14. 2. 1892: HStAS, E 150-1045, fol. 150 ff.; vgl. Beitrag von Marco Huggele.

61 RIEBER, wie Anm. 3, S. 810.

62 Ebd., S. 791.

63 Ebd., S. 546.

Auch wenn die Wahlerfolge nach 1885 nachließen, zählte Esslingen weiterhin zu den sozialdemokratischen Hochburgen in Württemberg. Nirgendwo im Land waren die Sozialdemokraten so nachhaltig in die Gesellschaft integriert, nirgendwo waren sie mehr geachtet. Dies ging einher mit erheblichen Spannungen zwischen Gemeinderäten, die zur Kooperation mit ihren bürgerlichen Gemeinderatskollegen bereit waren, und einer zunehmend sich radikal gebärdenden Parteibasis. Auch in Esslingen zeigte sich nun, was für das Deutsche Reich überall galt: Während der erzwungenen Illegalität durch das 12jährige Verbot der Partei hatte sich die Kritik der Sozialdemokratie am bestehenden Staat und seinen Eliten erheblich verschärft. Einem wachsenden Teil ihrer Mitglieder erschien nun nur noch ein völliger »Neuanfang« möglich, um die Situation der Arbeiterschaft zu verbessern. Die Zahl der Gegner jeglicher Kooperation mit dem Bürgertum wurde von Jahr zu Jahr größer.